



**ARE-Kurzinformation Nr.241–Serienfax E-Mail-Kette – vip – 26.11.2013**

*Liebe Mitglieder und Mitstreiter der ARE und der angeschlossenen Verbände und Gruppen, liebe und sehr geehrte Förderer und Freunde unseres großen Zusammenschlusses, Mitstreiter der ARE- Allianz für Rechtsstaat und Erneuerung für Unrechts-Aufarbeitung, Wiedergutmachung und Aufbau Ost, sehr geehrte Damen und Herren!*

Das „ Ereignis“ vom 21.11.2013 im Potsdamer Landtag ist für alle jungen Bundesländer – und natürlich darüber hinaus auch für die alten Länder – von so grundsätzlicher und schockierender Bedeutung, dass wir Ihnen in dieser Kurzinfo, quasi als „Sonderausgabe zur Lage im Osten“ unsere Pressemitteilung vom 23.Nov., aber auch die des Vorsitzender der Grünen-Fraktion, Axel Vogel, zukommen lassen. Ihre evtl. Kommentare sammeln wir!

Die beiden wichtigen Redebeiträge im Landtag, nämlich den für die Bündnis- Grünen-Fraktion und den für die CDU-Fraktion finden Sie bei uns im Internet dokumentiert. Auch die FDP hat dem Antrag auf Überweisung in die Ausschüsse ausdrücklich zugestimmt, während ja die Verweigerung von SPD und Linken kam- und entsprechende Reaktionen ausgelöst hat. Übrigens nahmen der MP Woidke und Ex-MP Platzeck an der Einbringung des Gesetzentwurfs („Bodenreformwiedergutmachungsgesetz“) nicht teil...

Das Verhalten der rot-roten-Regierungsmehrheit ist übrigens auch deshalb so bezeichnend, weil ja in der „Brandenburgischen Enquete-Kommission“ einstimmig, d.h. mit den rotrot-Stimmen festgehalten wurde, dass 1.) Initiativen zur Rückgängigmachung der durch den Landesfiskus weggenommenen Neusiedlerflächen durch Rückgabe oder Entschädigung nach Verkehrswert zu ergreifen sind und dass 2.) ein Verwertungsverbot über die Flächen bis zur abschließenden Klärung zu gelten hat. - Darüber hinaus soll eine Einschaltung professioneller Erbenermittler veranlasst und deren Erfahrungen verwertet werden.

Voraussichtlich wird die Thematik am 06. Dezember d.J. bei der Vorlage und Diskussion der dringlichen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission im Landtag „hoch kochen“ und somit auch das Wahljahr 2014, speziell wichtig für Brandenburg, eingeläutet... Wie wir schon mehrfach darstellten, wird die Gesamtproblematik von uns in alle jungen Länder übertragen; die zuständigen Ministerien sind von ARE bereits „vorbereitet“ worden.

Wir hoffen, dass Sie die Brisanz der Entwicklung wahrnehmen und einschätzen können. Wir freuen uns auf Ihre Stellungnahmen- und wünschen im Übrigen einen schönen Advent und eine fröhliche Vorweihnachtszeit !

Herzlichst Ihr ARE-Team mit  
Manfred Graf von Schwerin

Und nun die zwei Pressemitteilungen:

## **Rot-Rot verweigert sich jeder Diskussion über Gesetzesinitiative für Neusiedlererben**

Der Vorsitzende der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag AXEL VOGEL hat den Umgang der Regierungsfractionen mit der rechtlichen Ungleichbehandlung verschiedener Gruppen so genannter Neusiedlererben scharf kritisiert. Ein Gesetzentwurf der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Unrecht bereinigen sollte, war am Donnerstagabend ohne Überweisung in die Ausschüsse abgelehnt worden.

„Die Diskussion über das von unserer Fraktion vorgelegte Bodenreformwiedergutmachungsgesetz war ein Tiefpunkt der parlamentarischen Debattenkultur“, sagte AXEL VOGEL. „Wer auf der einen Seite wie Rot-Rot behauptet, er teile das Anliegen, um im nächsten Schritt mit hanebüchenen Pseudoargumenten gegen eine Überweisung in die Ausschüsse zu stimmen, dem ist wohl nicht mehr zu helfen.“

Fraktionsübergreifend werden die Probleme anerkannt, die viele Menschen um ihr ererbtes Eigentum gebracht und mitunter auch in Existenznöte gestürzt haben und für die das Land Brandenburg durch sein rigores Vorgehen bei der Abwicklung der Bodenreform nach 1992 verantwortlich war. Nach Auffassung von Rot-Rot soll diese vor allem hausgemachten Probleme aber offenkundig allein der Bund lösen, und dies obwohl der Bund die enteigneten Flächen inzwischen den Ländern zur alleinigen Verfügung überlassen hat.

Eine solche Form von Verantwortungsverweigerung ist völlig inakzeptabel. Angesichts der skandalträchtigen Vorgeschichte der Bodenreformabwicklung in Brandenburg wären SPD und Linke gut beraten gewesen, sich mit der Problematik und den Sorgen der Menschen wenigstens in den Ausschussanhörungen ernsthaft auseinanderzusetzen.“

Hintergrundinformationen zu unserem Gesetzentwurf:

<http://gruene-fraktion-brandenburg.de/positionen/enquete-aufarbeitung/ungleichbehandlung-von-neusiedlererben-beenden/>

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Fraktion im Brandenburger Landtag

## **ARE-Pressemitteilung**

### ***Rot-Rot in Brandenburg demonstriert Arroganz der Macht***

**- Gesetzentwurf zur Unrechtsbereinigung soll gar nicht erst diskutiert werden -**

„Der 21. November 2013, der am vorletzten Sitzungstag im alten Potsdamer Landtagsgebäude einen würdigen Abschluss vor dem Umzug ins Schloss hätte bilden können, ist durch die Schuld der rot-roten Regierungsmehrheit zu einem schwarzen Tag unseres parlamentarisch - demokratischen Systems geworden. - Er wird schwerwiegende Folgen nach sich ziehen“ erklärte der ARE- Bundesvorsitzende Manfred Graf v. Schwerin zur Entscheidung der rot-roten Regierungsmehrheit im Landtag, jede Diskussion zur Milderung des offenkundigen Unrechts für Neusiedlererben durch eine gesetzliche Korrektur von vornherein gar nicht erst zuzulassen.

Nicht einmal der Beratung des von den Bündnisgrünen mit Unterstützung der CDU eingebrachten Entwurfs für ein „Bodenreform-Wiedergutmachungsgesetz“ wollte man zustimmen. „Dies weicht von der demokratischen Praxis in allen freiheitlich-

demokratischen Ländern ab, in denen zumindest die Argumente angehört und abgewogen werden - das ist erschreckend“, fügte der Chef des ARE- Zusammenschlusses hinzu.

ARE- Vorstandsmitglied Jochen-Konrad Fromme, langjähriges Mitglied des Bundestages und namhafter Haushaltspolitiker der Union ergänzte: „Dies ist ein beklemmendes Armutszeugnis für demokratische Kultur. Die Erfahrung lehrt, wie kurzsichtig es sich auswirkt, wenn man offene Fragen einfach auszublenden versucht.“ Auch Ernst-O. Schönemann, stellv. Bundesvorsitzender des Zusammenschlusses der Opferverbände, der Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft- UOKG, der ebenfalls der 1. Lesung des Gesetzentwurfs im Plenarsaal beigewohnt hatte, wertete die Ablehnung jeder Diskussion als deutliches Schwächezeichen der offenbar verbrauchten rot-roten Koalition, zumal nach der Niederlage bei der Bundestagswahl im September. „Themen so abzuräumen, das ist riskant“ sagte er.

Das Verhalten von SPD und Linkspartei, jede Erörterung über einen ernsthaften und dazu ausgewogenen Gesetzentwurf ohne jede sachliche Erörterung zu verweigern, demonstriert nach Überzeugung von ARE und UOKG vor allem eines: maßlose und unverantwortliche Arroganz der Macht. Und diese für manchen Beobachter geradezu an DDR-Methoden erinnernde Selbstherrlichkeit und Selbstüberschätzung werde ausgerechnet gegenüber sozial Schwachen und durch Unrecht schwer Geschädigten praktiziert, obwohl sich „rot-rot“ immer gern als sozial verantwortlich und engagiert zu inszenieren bemüht.

Auch eine größere Gruppe von Neusiedler-Erben war im Plenarsaal Zeuge dieser Abstimmung geworden. Betroffene machten ihrem Ärger zum Abschluss der Sitzung Luft. Für die Allianz der von Unrecht Betroffenen mit Abertausende von Brandenburgern ist die Frage mit dieser skandalösen Behandlung eines sachgerechten Gesetzentwurfs nicht erledigt. „ Im Gegenteil“, sagte ARE Chef v. Schwerin abschließend, „ jetzt folgt der nächste Akt des Dramas: das Thema kommt in die Landtagswahl 2014.“

